

## PICUM QUARTALSRUNDBRIEF

April – Juni 2017

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

FRAUEN OHNE PAPIERE

KINDER OHNE PAPIERE UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

### GRENZEN

#### **EU / MITTELMEER / Knapp 2.300 Menschen sterben im Mittelmeer, EU Aktionsplan für Italien und den zentralen Mittelmeerraum und Vorschlag für Verhaltenskodex für zivile Seenotretter**

Dem Projekt „Vermisste Migrant\*innen“ (Missing Migrants Project) der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge sind zwischen 1. Januar und 5. Juli 2017 2.297 Menschen im Mittelmeer umgekommen und 101.266 Migrant\*innen und Flüchtlinge haben Europa auf dem Seeweg erreicht. Die Innenminister Frankreichs, Deutschlands und Italiens trafen sich am 2. Juli in Paris mit dem EU-Kommissar für Inneres und Migration, um die Situation im Mittelmeer zu besprechen und einigten sich auf ein [Maßnahmenpaket](#). Das Maßnahmenpaket umfasst einen Verhaltenskodex für Such- und Rettungsbemühungen von NGOs, zusätzliche Unterstützung für die libysche Küstenwache und die verstärkte Umsetzung der EU-Strategie zur Rückführung von Migrant\*innen. Human Rights Watch (HRW) bezeichnete die Maßnahmen als ["eindeutig unzureichend"](#). Die EU-Kommission veröffentlichte am 4. Juli 2017 einen [Aktionsplan](#), der die „Unterstützung Italiens, die Verbesserung der Lage entlang der Mittelmeerroute und eine Ausweitung der Solidarität“, vorsieht. Der Aktionsplan enthält den Vorschlag eines Verhaltenskodex für NGOs, die sich an Such- und Rettungsmaßnahmen im Mittelmeer beteiligen. Der Verhaltenskodex soll von Italien in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission und im Dialog mit den NGOs entworfen werden. Betroffene NGOs befürchten, dass der geplante Verhaltenskodex ihre Möglichkeiten zur Rettung von Migrant\*innen insofern einschränken könnte, als sie unter die Kontrolle der libyschen und italienischen Küstenwache gestellt würden. Der Aktionsplan sieht weiterhin Maßnahmen zur Kontrolle der Migration im Mittelmeerraum vor. Darunter sind die Zusammenarbeit von EU-Mitgliedsstaaten mit Niger und Mali zur Unterbindung von Bewegungen in Richtung Libyen; EU-Wiederaufnahmeabkommen und andere Absprachen mit Drittstaaten und Italien, die die beschleunigte Rückführung sowie die Ausweitung der Kapazitäten für vorübergehende Hotspots und Internierungen vorsehen. Der neue Bericht [‘A Perfect Storm’](#), der im Juli 2017 von Amnesty International veröffentlicht wurde, empfiehlt, dass die EU-Mitgliedsstaaten und Institutionen, darunter auch Frontex, angemessene Such- und Rettungsmaßnahmen für den Mittelmeerraum gewährleisten; dass die libysche Küstenwache Such- und Rettungsaktionen von NGO-betriebenen zivilen Booten erlauben sollte; und dass die EU-Mitgliedsstaaten legale und sichere Routen nach Europa einrichten sollten.

Quellen: Internationale Organisation für Migration, [Missing Migrants Project](#), 7. Juli 2017; [EU Observer](#), 6. Juli 2017

## **BALKANROUTE / BERICHT / Massenhafte Misshandlung und Zurückdrängen von Migrant\*innen entlang der westlichen Balkanroute**

Oxfam veröffentlichte im April 2017 in Zusammenarbeit mit dem Belgrader Zentrum für Menschenrechte (BCHR) und der Vereinigung junger mazedonischer Anwälte (MYLA) einen Bericht mit dem Titel "Ein gefährliches Spiel (A Dangerous Game)". Die Forscher\*innen interviewten 140 Migrant\*innen und Flüchtlinge, die von Ungarn nach Serbien, von Kroatien nach Serbien, von Serbien nach Bulgarien oder Mazedonien, von Bulgarien in die Türkei oder von Mazedonien nach Griechenland abgeschoben worden waren. Einige wurden mehrfach abgeschoben. Die große Mehrheit kam aus Afghanistan, andere aus Pakistan, Syrien, Irak, Iran, Ägypten oder dem Libanon. Alle 140 Migrant\*innen berichteten von Misshandlungen und Rechtsbrüchen durch Polizei-, Grenz- oder andere staatliche Sicherheitsbeamte, auch gegen Kinder, die sich auf dem Weg entlang der westlichen Balkanroute zugetragen hätten. In Ungarn zwangen Polizeibeamt\*innen Migrant\*innen und Flüchtlinge dazu, nackt im Schnee zu sitzen, und überschütteten sie mit kaltem Wasser. In Bulgarien wurden Migrant\*innen von Polizeibeamt\*innen ihres persönlichen Besitzes beraubt, bevor sie über die Grenze abgeschoben wurden. Bulgarische Behörden ordneten Elektroschocks an. Der Bericht fordert die Regierungen von Serbien, Mazedonien, Kroatien, Ungarn und Bulgarien auf, diese Menschenrechtsverletzungen gegen Schutzsuchende umgehend zu unterbinden. Weiterhin fordert der Bericht die Europäische Union auf, in der gesamten EU die Einhaltung internationaler Gesetze und die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen. Den Gesamtbericht finden sie [hier](#).

Quellen: [OXFAM](#), 6. April 2017; [epo](#), 6. April 2017; [EURACTIV](#), 6. April 2017

## **VEREINTE NATIONEN**

### **UN / Festnahmen, Misshandlungen und Schikanen während der Flucht können Folgen von Folter bei migrierenden Opfern verschlimmern**

Migrierende Folteropfer sind besonders gefährdet und benötigen besondere Behandlung. Der Freiwillige Fonds der Vereinten Nationen für Folteropfer machte publik, dass zwei Drittel der 50.000 Opfer, die er betreut, Migrant\*innen oder Flüchtlinge sind. Expert\*innen der Vereinten Nationen stellten fest, dass die Folgen für migrierende und flüchtende Folteropfer durch die Erfahrung von Festnahmen, Fremdenfeindlichkeit und Schikanen deutlich verschlimmert werden. Während einer Veranstaltung der Vereinten Nationen zu Folter und Migration am 28. April 2017 wurde diskutiert, wie den Bedürfnissen von Folteropfern im Kontext von Migration entsprochen werden kann.

Quelle: Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, (OHCHR), [Pressemitteilung](#) 26. April 2017

### **UN / UNO-Expert\*innen fordern Mitgliedsstaaten auf, Rechten von Migrant\*innen und Flüchtlingen mit einer Behinderung im Rahmen des globalen Flüchtlingsabkommens Vorrang zu geben**

Das Komitee zu Wanderarbeitern (Committee on Migrant Workers, CMW) und das Komitee für die Rechte von Menschen mit einer Behinderung (Committee on the Rights of Persons with Disabilities, CRPD) veröffentlichten am 12. April 2017 eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie die Staaten dazu auffordern, Migrant\*innen mit einer Behinderung im Rahmen der Entwicklung des globalen Abkommens für sichere, geregelte und reguläre Migration besonders zu berücksichtigen. Die Mitglieder der Kommission äußerten Besorgnis bezüglich der mangelnden Verfahrensinfrastruktur vieler Staaten, die verhindert, dass Migrant\*innen mit Behinderung identifiziert und anschließend mit angemessenem Schutz und adäquater Betreuung ausgestattet werden. Die Stellungnahme fordert die Staaten auf, Menschen mit einer Behinderung und involvierte Organisationen in der Entwicklung des globalen Abkommens zu berücksichtigen. Die Forderung nach Berücksichtigung bezieht sich auf die Gestaltung, die Umsetzung und die Überwachung des Rahmenplanes. Die Stellungnahme steht [hier](#) zur Verfügung.

## ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

### **EU / Kinderrechtsorganisationen begrüßen das neue Programm der EU-Kommission zum Schutz von Migranten- und Flüchtlingskindern**

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 12. April 2017 eine Mitteilung zum Schutz von Migranten- und Flüchtlingskindern. Die Richtlinien, die konkrete Maßnahmen zum Schutz von allen Migranten- und Flüchtlingskindern umfassen, wurden von Kinderrechtsorganisationen weitgehend begrüßt. Die Mitteilung bestimmt eine Reihe von Maßnahmen, die die bestehenden Lücken im Schutz von Kindern während des gesamten Migrationsprozesses aufgreifen: Identifizierung, Aufnahme, prozessbezogene Schutzmaßnahmen sowie die Etablierung langfristiger Lösungen. Maßnahmen, die auf undokumentierte Kinder abzielen, umfassen den garantierten Zugang zu inklusiver, formeller Bildung einschließlich frühkindlicher Bildung und Betreuung, zeitnahen Zugang zu Gesundheitsfürsorge einschließlich Vorsorge sowie den Zugang zu anderen essentiellen öffentlichen Dienstleistungen. Die Mitteilung betont zudem Schutzmaßnahmen, auf die alle Kinder auf europäischen Hoheitsgebiet Anspruch haben müssen. Die Mitteilung besagt, dass Kinder im Notfall interniert werden können, betont aber zugleich, dass dies nur unter außergewöhnlichen Umständen geschehen soll und Alternativen zur Internierung zur Verfügung gestellt werden und leicht zugänglich sein müssen. Die Mitteilung steht [hier](#) zur Verfügung. Eine gemeinsame Stellungnahme verschiedener Kinderrechts- und Migrantenrechtsorganisationen ist [hier](#) verfügbar. Ein Arbeitsdokument der Kommission: Umsetzung des Aktionsplans bezüglich unbegleiteter Minderjähriger (2010-2014) wurde zusätzlich zur Mitteilung veröffentlicht und findet sich [hier](#).

### **EUROPÄISCHER RAT / Schlussfolgerungen mit Fokus auf verschärfter Migrationskontrolle**

Am 23. Juni 2017 veröffentlichte der Europäische Rat Schlussfolgerungen bezüglich Migration, die den Schwerpunkt auf Grenzkontrollen zur Abwehr irregulärer Migrationsströme, die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens und die Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Common European Asylum System, CEAS) legen. Die EU wird im Rahmen der Grenzkontrolle auf die verstärkte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern, insbesondere mit Libyen, setzen. Die EU wird weiterhin verstärkt auf Maßnahmen zur Rückführung und Wiederaufnahme durch neue Verträge und andere Arten von Abkommen mit Drittländern setzen. Des Weiteren wird die EU die Liste sicherer Drittstaaten überarbeiten, um die Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu fördern. Abkommen wie jenes zwischen EU und Türkei sowie andere Abkommen mit Drittstaaten werden von Menschenrechtsgruppen allgemein [kritisiert](#).

Die gesamten Schlussfolgerungen des europäischen Rates finden Sie [hier](#).

## NATIONALE ENTWICKLUNGEN

### **FRANKREICH / Verletzungen der Grundrechte von Migrant\*innen in Calais**

Der französische Ombudsmann (Défenseur des droits) stellte am 14. Juni fest, dass gegenüber Migrant\*innen in Calais „Grundrechtsverletzungen von außerordentlichem und noch nie dagewesenem Ernst“ bestehen und forderte die Regierung auf, zu intervenieren und den Migrant\*innen grundlegende Dienste zur Verfügung zu stellen. Nach dem Abbruch des Lagers im Oktober 2016 gibt es keine Unterkünfte mehr, was sich besonders auf Kinder und Frauen auswirkt. Die Migrant\*innen übernachteten im Freien und werden von der Polizei gejagt. NGOs werden daran gehindert, Grundversorgung zur Verfügung zu stellen, wie z.B. den Zugang zu sanitären Anlagen, Wasser oder Essen.

Quellen: [La Croix](#), 16. Juni 2017; [La Croix](#), 14. Juni 2017

### **DEUTSCHLAND / NGOs fordern ein offeneres Europa und legale Zugangswege für Migration**

Im Juni 2017 wendeten sich deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen mit einer gemeinsamen Stellungnahme an die deutsche Regierung und forderten sie auf, legale Zugangswege für Migration zu schaffen und der Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten. Das Dokument fordert eine stärker auf Menschenrechte ausgerichtete Migrationspolitik, das Verbreiten eines positiven, entwicklungsgemäßen Verständnisses von Migration, die Schaffung legaler Zugangswege für

Migration, einen verbesserten Schutz von undokumentierten Migrant\*innen, die Ratifizierung der bestehenden Konventionen zum Schutz von Migrant\*innen und wendet sich gegen die Bindung von Entwicklungshilfegeldern an Migrationskontrolle. Die Stellungnahme ist [hier](#) verfügbar. Ebenso verfasste eine Gruppe von Organisationen am 19. Juni eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie ein für Geflüchtete und Migrant\*innen offenes Europa und verbesserten Zugang zu Asyl verlangen. Die Stellungnahme kann [hier](#) abgerufen werden.

Quellen: [epo](#), 6. Juni 2017; [ProAsyl](#), 20. Juni 2016; [EpochTimes](#), 19. Juni 2017

### **IRLAND / BERICHT / Neuer Bericht des irischen Parlaments empfiehlt Regularisierung von undokumentierten Migrant\*innen**

Der Gemeinschaftsausschuss für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung des irischen Parlaments veröffentlichte vor kurzem einen "Bericht zu Einwanderung, Asyl und Flüchtlingskrise". Der Bericht enthält die Empfehlung, ein Programm zur Regularisierung von undokumentierten Migrant\*innen in Irland einzuführen. Der Vorschlag für das Regularisierungsprogramm würde es undokumentierten Migrant\*innen, die seit mindestens vier Jahren in Irland leben, ermöglichen, sich für die Regularisierung zu registrieren. Schwere Kriminalität wäre ein Ausschlussgrund, und während einer zweijährigen Probezeit dürften die Antragsteller\*innen arbeiten und reisen. Undokumentierte Migrant\*innen mit Kindern, die in Irland geboren wurden oder dort mindestens drei Jahre zur Schule gegangen sind, wären ebenfalls berechtigt, sich für das Programm zu registrieren. Den Bericht können Sie [hier](#) lesen.

Quelle: [Migrant Rights Centre Ireland](#) (MRCI), 29. Juni 2017

### **SCHWEDEN / Auf den Anschlag in Stockholm folgte heftige Debatte über abgelehnte, irregulär bleibende Asylbewerber\*innen**

Nach dem Terroranschlag in Stockholm am 7. April 2017, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen, entstand eine Debatte über abgelehnte Asylbewerber\*innen, die irregulär im Land bleiben. Ein 39-jähriger usbekischer Staatsangehöriger wurde in Zusammenhang mit dem Angriff verhaftet. Sein Antrag auf Asyl war im Juni 2016 abgelehnt worden, aber er blieb im Land. Der schwedische Innenminister Anders Ygeman erklärte, dass die Vorarbeiten für ein Gesetz bereits im Gange seien, das den an Abschiebungen beteiligten Stellen mehr Mittel zur Verfügung stellen und verstärkte Arbeitsplatzkontrollen zur Überprüfung von undokumentierten Arbeitnehmer\*innen veranlassen soll. Derzeit verlassen 55% der abgelehnten Asylbewerber\*innen das Staatsgebiet innerhalb der vorgegebenen Frist und geschätzte 12.500 abgelehnte Asylbewerber\*innen leben weiterhin in Schweden.

Quellen: [Aftonbladet](#), 27. April 2017; [Svenska Dagbladet](#), 27. April 2017; [GB](#), 10. April 2017; [DN](#), 5. März 2017

## **GESUNDHEITSWESEN**

### **ENGLAND / STUDIE / NGO-Studie zeigt, dass Abrechnung von Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe bei Migrantinnen sich stark auf gesundheitliche Ungleichheit auswirkt**

Die Organisation "Maternity Action" veröffentlichte vor kurzem die Studie "The Impact on Health Inequalities of Charging Migrant Women for NHS Maternity Care" („Auswirkungen der Verrechnung von NHS-Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe an Migrantinnen auf gesundheitliche Ungleichheit“). Frauen, die in England eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben, dürfen Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe nicht verweigert werden. Die medizinische Versorgung kann ihnen jedoch anschließend in Rechnung gestellt werden (siehe [Informationsblatt von Maternity Action](#)). Der Staatliche Gesundheitsdienst (National Health Service - NHS) kann das Innenministerium kontaktieren, um Informationen über Nationalität und Aufenthaltsstatus einer Person zu erhalten und zu bestimmen, ob ihr die Kosten für Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe verrechnet werden können. Die Studie von Maternity Action basiert auf Gutachten von 32 Fachkräften und bietet Informationen darüber, wie die Verrechnung von Geburtshilfe gefährdete Migrantinnen, besonders undokumentierte Frauen, in England betrifft.

Die Studie enthält auch Informationen über 19 befragte Migrantinnen, denen Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe in Rechnung gestellt wurden. Die Studie zeigt, dass zur Zahlung aufgeforderte Frauen

in der Regel keinen Zugang zu Sozialleistungen haben. Diese Frauen waren mit großer Wahrscheinlichkeit von ihren Partnern abhängig und hatten häusliche Gewalt und sexuelle oder andere Ausbeutung erlebt. Die Ergebnisse der Studie zeigen auch viele Fälle, in denen die aktuelle oder vorherige Schwangerschaft der Migrantin mit Komplikationen verlaufen war. Darüber hinaus deuten die Ergebnisse darauf hin, dass das Risiko, für die Behandlung zahlen zu müssen oder gemeldet zu werden, ein erhebliches Hindernis für undokumentierte Frauen darstellt, die notwendige Schwangerschaftsvorsorge und Geburtshilfe zu suchen. Dies führt zu einem erhöhten Risiko von Frühgeburten oder anderen Komplikationen. Der vollständige Bericht ist [hier](#) zu finden.

Quelle: [Maternity Action](#), März 2017

## ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

### **BELGIEN / Belgisches Gericht verurteilt Prinzessinnen aus Arabischen Emiraten wegen moderner Sklaverei**

Ein Strafgerichtshof in Brüssel verurteilte wegen Menschenhandels und entwürdigender Behandlung acht Personen zu einer Bewährungsstrafe von 15 Monaten und einer Geldstrafe mehr als 165.000 Euro, was darauf hindeutet, dass es sich um moderne Sklaverei handelte. Der Fall betraf 23 Frauen, die bei einem Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) beschäftigt waren und Prinzessinnen aus den VAE während ihres Aufenthalts im Conrad Hotel in Brüssel betreuten. Die Ermittlungen ergaben, dass die Angestellten keine Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigung hatten, für wenig oder gar keinen Lohn Tag und Nacht arbeiteten, zusammen in einem Raum oder auf Matratzen vor den Zimmern der Prinzessinnen schlafen mussten, und das Hotel nicht verlassen durften. Der Gerichtshof sprach den 23 Frauen eine finanzielle Entschädigung für ihre emotionalen Schmerzen und Leiden zu, nicht aber Schadenersatz für den entgangenen Lohn.

Quellen: [Le Soir](#), 23. Juni 2017; [RTBF](#), 23. Juni 2017

### **VEREINIGTES KÖNIGREICH / Verzeichnis moderner Sklaverei dokumentiert Unternehmensberichte**

Die Organisation „Business and Human Rights Resource Center“ („Ressourcenzentrum für Unternehmen und Menschenrechte“) hat ein Verzeichnis über moderne Sklaverei eingerichtet, um die Berichte von Unternehmen gemäß dem britischem Gesetz über moderne Sklaverei zu dokumentieren. Das Gesetz über moderne Sklaverei verpflichtet Unternehmen mit einem jährlichen Gesamtumsatz von 36 Mio. Pfund (ungefähr 40 Mio. Euro), die in Großbritannien tätig sind, jedes Jahr einen Bericht über die Schritte zu verfassen, die eingeleitet wurden, um Sklaverei und Menschenhandel in ihrem Unternehmen und ihrer Lieferkette zu identifizieren und zu beseitigen. Das Register enthält derzeit mehr als 2.000 öffentlich zugängliche Berichte. Es kann nach Unternehmen, Branche und Land durchsucht werden und die Daten sind downloadbar. Berichte können auch an [carrier \(at\) business-humanrights.org](mailto:carrier(at)business-humanrights.org) geschickt werden. Zugang zum Register der modernen Sklaverei [hier](#).

Quelle: [Business & Human Rights Resource Centre](#), 2017

## FRAUEN OHNE PAPIERE

### **EU / EU unterzeichnet die Istanbul-Konvention**

Die EU hat das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt am 13. Juni unterzeichnet, das nach dem Ort seiner Verabschiedung auch als „Istanbul-Konvention“ bezeichnet wird. Die Konvention ist der umfassendste internationale Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt. Obwohl das Istanbul Übereinkommen [von allen EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet](#) wurde, haben 14 Staaten es noch nicht ratifiziert. Der EU-Beitritt zum Abkommen ist jedoch auf die Bereiche der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, Asyl und Nicht-Zurückweisung [beschränkt](#). Nichtsdestotrotz ist die Unterzeichnung durch die EU ein starkes Signal für die Bedeutung von Frauen- und Mädchenrechten.

Quellen: [Independent](#), 14. Juni 2017, [Europarat](#), 13. Juni 2017; [Europarat](#), 13. Juni 2017



## KINDER OHNE PAPIERE UND IHRE FAMILIEN

### EUROPARAT / Aktionsplan für Kinder in Migration

Der Europarat veröffentlichte einen [Aktionsplan des Europarats zum Schutz von Flüchtlings- und Migrantenkindern in Europa \(2017-2019\)](#) (auf Englisch). Der Aktionsplan beruht auf einem klaren Prinzip: im Migrationskontext sollten Kinder vor allem als Kinder behandelt werden. Er bezieht sich auf alle Kinder in Migration, die auf dem Gebiet eines der Mitgliedstaaten des Europarates ankommen oder sich bereits dort befinden. Die konkreten Aktivitäten, die darin vorgeschlagen werden, beruhen auf den Gesetzen und Richtlinien des Europarats, welche allen Migrantenkindern ohne Diskriminierung aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Migrationsstatus Rechte zusichern. Der Aktionsplan stützt sich auf drei Grundlagen: 1) Sicherung des Zugangs zu Rechten und kinderfreundlichen Verfahren; 2) Bereitstellung von wirksamem Schutz; und 3) Stärkung der Integration von Kindern, die in Europa bleiben werden. Einige der für undokumentierte Kinder besonders wichtigen Aktivitäten umfassen kinderfreundliche Verfahren, Alternativen zu Internierung, Bildung, Übergang zum Erwachsenenalter, Altersbestimmung und Staatenlosigkeit.

### BERICHT / Aufruf zum aktiven Schutz von Kindern

UNICEF veröffentlichte ebenfalls einen Bericht: „[Ein Kind ist ein Kind: Schutz reisender Kinder vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung](#)“ (A Child is a Child: Protecting children on the move from violence, abuse and exploitation). Angesichts erschreckend hoher Zahlen von Kindern, die allein auf unsicheren Routen unterwegs sind, ruft der Bericht zu dringenden Maßnahmen auf. Kinder rutschen in der Migrationspolitik oft durch die Maschen; harte Grenzschutzmaßnahmen lassen sie in der Schwebe und verschlimmern das Risiko von Missbrauch. Der 6-Punkte-Plan von UNICEF zur Wahrung der Sicherheit von Flüchtlings- und Migrantenkindern lautet: (1) Kinder vor Ausbeutung und Gewalt schützen, (2) ihre Internierung durch praktikable Alternativen beenden, (3) Familien zusammenhalten und Kindern Aufenthaltsstatus geben, (4) Kindern helfen, ihre Bildung fortzusetzen und gesund zu bleiben, (5) Sich für Maßnahmen gegen die Ursachen einsetzen, aus denen Kinder entwurzelt werden, (6) Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Der Bericht kann [hier](#) eingesehen werden. (auf Englisch)

### GROSSBRITANNIEN / Eltern gewarnt, Nationalität und Geburtsort ihrer Kinder nicht für Erhebung anzugeben

Die nationale Lehrgewerkschaft (National Union of Teachers, NUT) äußerte den Verdacht, dass Informationen über die Nationalität und das Geburtsland der Kinder, die für die staatliche Schülerdatenbank gesammelt werden, für Maßnahmen der Einwanderungspolitik genutzt werden könnten. Sie bat daher die Eltern, diese Details nicht anzugeben. Es besteht die Befürchtung, dass diese Informationen vom Bildungsministerium an Polizei und Innenministerium weitergegeben werden könnten, die für die Durchsetzung des Einwanderungsgesetzes zuständig sind. Das Bildungsministerium hat jedoch versichert, dass Informationen zu Nationalität und Geburtsland ausschließlich dem internen Gebrauch dienen und nicht geteilt werden. Die Eltern sind nicht gesetzlich verpflichtet, diese Details anzugeben. Die Schulen müssen jedoch danach fragen.

Quelle: [The Guardian](#), 17. April 2017

## ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

### FRANKREICH / BERICHT / Neue Daten über Abschiebehaf von Migrant\*innen in Frankreich und Unterschriftensammlung für das Ende der Abschiebehaf von Migrantenkindern

Eine Gruppe von fünf französischen NGOs veröffentlichte ihren Jahresbericht 2016 über die Abschiebehaf von Migrant\*innen in Frankreich. Darin verurteilen sie den massiven und missbräuchlichen Einsatz von Abschiebehaf, auch bei Kindern, von Gewalt geprägte Abschiebungen mit Diskriminierung gegenüber bestimmten Nationalitäten, sowie mangelnde Alternativen zu Abschiebehafszentren für schutzsuchende Menschen. 2016 waren fast 50.000 Personen in Frankreich in Abschiebehaf, darunter 4.285 Kinder im Departement von Mayotte. Der Bericht ist [hier](#) einzusehen (auf Französisch). In der Zwischenzeit haben mehrere französische Organisationen eine Unterschriftensammlung gestartet, welche den neuen französischen Präsident Emmanuel Macron

aufruft, die Abschiebehaft von Migrantenkindern zu beenden. 2016 waren 182 Kinder in Abschiebehaftszentren auf dem französischen Festland und 4.285 Kinder auf Mayotte interniert. Die Unterschriftensammlung ist [hier](#) zugänglich (auf Französisch).

### **EJRM / Abschiebehaft von Migrant\*innen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien**

Das *Global Detention Project* (GDP) brachte im Juni 2017 ein Profil über die Abschiebehaft von Migrant\*innen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM) heraus. Die EJRM wird als Schlüsselland für den Transit von Migrant\*innen angesehen, durch das die Westbalkanroute führt. 2015 rief die Regierung den Ausnahmezustand aus, er wurde 2016 verlängert. Im selben Jahr wurde die Balkanroute geschlossen und zirka 1.200 Migrant\*innen und Asylbewerber\*innen saßen in Mazedonien fest. Dem Dokument zufolge hielt die spezialisierte Haftanstalt Gazi Baba fünfmal mehr Menschen fest als ihre angegebene Kapazität. Ihre Zahl fiel 2016, nach der Einführung eines „humanitären Korridors“ im August 2015, auf unter 400. Den Gesetzen des Landes zufolge kann jemand zur Durchführung der Grenzkontrollen bis zu 24 Stunden festgehalten werden. Und wenn Gründe bestehen, dass eine Person nicht abgeschoben werden kann, kann sie bis zu 12 Monaten in Abschiebehaft festgehalten werden. Es gibt keine Rechtsgrundlagen, die eine Internierung von Kindern verbieten. Das Profil über die Internierung von Migrant\*innen können Sie [hier](#) (auf Englisch) herunterladen.

### **DEUTSCHLAND / NIEDERLANDE / Organisationen rufen zum sofortigen Stopp von Abschiebungen von gefährdeten Menschen nach Afghanistan auf**

Mehrere holländische NGOs haben sich zusammengeschlossen, um eine Erklärung zu veröffentlichen, die zum Ende von Abschiebungen von gefährdeten Menschen nach Afghanistan aufruft. Die Erklärung unterstreicht die instabile Sicherheitslage in Afghanistan und den starken Anstieg der Zahl von Kindern unter den Opfern. Die NGOs bringen ihre Sorge über das Übereinkommen zwischen Europäischer Union und afghanischer Regierung „*Joint Way Forward*“ (Gemeinsamer Weg voran) von Oktober 2016 zum Ausdruck, das die vermehrte Abschiebung von afghanischen Staatsangehörigen vorsieht. Deutschen Medienberichten zufolge, erhalten weniger als die Hälfte der Asylbewerber\*innen aus Afghanistan in Deutschland Asyl. 2015 erhielten 77,6 % der Ansuchenden Asyl, 2016 waren es 60,5 %. Deutsche Organisationen wie Pro Asyl riefen ebenfalls zum Stopp von kollektiven Abschiebeflügen nach Afghanistan auf.

Quellen: [Amnesty International](#), 24. April 2017; [Tagesschau](#), 24. April 2017; [Spiegel ONLINE](#), 24. April 2017; [Passauer Neue Presse](#), 24. April 2017

### **BERICHT / Migrantenkinder in Abschiebehaft Folterrisiko ausgesetzt**

Der Bericht „Schutz von Kindern vor Folter während der Internierung: Globale Lösungen für ein globales Problem“ ([Protecting Children against Torture in Detention: Global Solutions for a Global Problem](#)) besteht aus einer Sammlung von mehr als 30 Artikeln von verschiedenen Expert\*innen für den Freiheitsentzug von Kindern und deren Schutz vor Folter in Haft. Veröffentlicht wurde der Bericht vom *Centre for Human Rights and Humanitarian Law Anti-Torture Initiative* und dem *American University Washington College of Law*. Er spricht auch die Situation von Abschiebehaft bei Migrantenkindern an. Die Publikation erläutert, dass, obwohl Staaten zunehmend Kinder zur Immigrationskontrolle internieren, dies nie in deren bestem Interesse ist und sie dem Risiko von Folter und grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung aussetzt. Der Bericht ruft die Staaten dazu auf, aufzuhören, Kinderinternierung anzuwenden und stattdessen Alternativen zu etablieren, die das Wohlergehen der Kinder respektieren. Die Publikation (auf Englisch) finden Sie [hier](#).

### **BERICHT / Schutz staatenloser Menschen vor willkürlicher Internierung**

Das Europäische Netzwerk über Staatenlosigkeit (*European Network on Statelessness* - ENS) gab 2017 einen neuen Bericht mit dem Titel „Schutz staatenloser Menschen vor willkürlicher Internierung: eine Reformagenda“ (*Protecting Stateless Persons from Arbitrary Detention: An Agenda for Change*) heraus. Bei dem Bericht handelt es sich um die letzte Publikation eines 3-jährigen Projekts mit dem Ziel, Ausmaß und Konsequenzen der Internierung von staatenlosen Menschen in Europa besser zu verstehen, Instrumente zu schaffen, und sich für ihren Schutz vor willkürlicher Internierung einzusetzen, indem regionale und internationale Standards in der Praxis angewandt werden. Der

Bericht unterstreicht das besondere Risiko staatenloser Menschen, widerrechtlich, langfristig und willkürlich interniert zu werden, weil sie in der Schwebe leben. Er kann [hier](#) eingesehen werden. Das Europäische Netzwerk über Staatenlosigkeit (ENS) veröffentlichte auch eine Erklärung mit den wichtigsten Forderungen. Die Erklärung kann jederzeit unterschrieben und [hier](#) eingesehen werden.

### **SPANIEN / KAMPAGNE / Neue Kampagne zur Schließung von Abschiebehafenzentren für Migrant\*innen**

*SOS Racismo Madrid* hat die Kampagne *Imaginate* („Stell Dir vor“) begonnen. Sie ruft zur Schließung von Abschiebehafenzentren für Migrant\*innen auf (Spanisch *Centros de Internamiento de Extranjeros* - CIEs). Die Kampagne besteht aus einem Video, in dem bekannte Schauspieler\*innen für die Rechte von Migrant\*innen eintreten. Es wurde am 15. Juni 2017 veröffentlicht, der zum „Tag der Schließung der CIEs und dem Ende von Abschiebungen“ erklärt wurde. Unter folgenden Hashtags kann die Kampagne verfolgt und geteilt werden: #ImaginateCIErre #CIEsNO.

Quelle: [SOS Racismo Madrid](#), 15. Juni 2017